

Nr. 98
November 2006

Argumente
zu Marktwirtschaft und Politik

Mehr Freiheit wagen

Warum eine wettbewerbsorientierte Rahmenordnung
zu mehr Arbeit und Wohlstand führt

Carl Dominik Klepper / Katrin Schnettler

Stiftung Marktwirtschaft

ISSN: 1612 – 7072

Vorstand:

Prof. Dr. Michael Eilfort

Charlottenstraße 60

Telefon: +49 (0)30 206057-0

E-Mail: info@stiftung-marktwirtschaft.de

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

D-10117 Berlin

Telefax: +49 (0)30 206057-57

Internet: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Vorwort

„Lasst uns mehr Freiheit wagen!“ – unter diese Überschrift hat Bundeskanzlerin Angela Merkel die Regierungsarbeit in der 16. Legislaturperiode gestellt. Mit diesem Motto will sie Wachstumsbremsen lösen und auf ein ehrgeiziges Ziel hinarbeiten: In zehn Jahren soll Deutschland wieder unter die ersten Drei in Europa kommen.

Doch damit das zweite deutsche Wirtschaftswunder Wirklichkeit wird, müssen Bürger und Unternehmen wieder Luft zum Atmen haben: Sie brauchen Raum für eigenverantwortliches Handeln – Freiheit eben! Kurz: Unser Land muss zur Sozialen Marktwirtschaft zurückkehren.

Der Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek hat es so formuliert: Der Staat „darf nicht die Ergebnisse formen wollen,

wie ein Handwerker sein Werk. Vielmehr wird er das Wachstum fördern müssen, indem er für eine angemessene Umgebung sorgt – ganz so, wie ein Gärtner dies für seine Pflanzen macht.“

Eine kluge Wirtschaftspolitik erleichtert die Anpassung an wirtschaftliche Veränderungen und generiert dadurch Vorteile, anstatt sich dem Wandel in den Weg zu stellen.

Das bedeutet, die Herausforderung des internationalen Wettbewerbs anzunehmen und als Chance zu begreifen:

Für ein lebendigeres, für ein innovativeres und für ein zukunftsfähigeres Deutschland.

Der Thomas-Dehler-Stiftung danken wir für die Förderung der Publikation.

Inhalt

- 1 Einmaleins der Marktwirtschaft
 - 1.1 Märkte sind effizienter als der Staat
 - 1.2 Die Marktwirtschaft bietet dem Einzelnen mehr Handlungsfreiheit
 - 1.3 Märkte sind weniger egoistisch als der Staat
 - 1.4 Staatseingriffe stören die Preisbildung
 - 1.5 Vom Freihandel profitieren auch arme Staaten
 - 1.6 Die Grenzen des Marktes
- 2 Das Modell Soziale Marktwirtschaft
- 3 Abschied von der Sozialen Marktwirtschaft
Exkurs: Komplexe Marktmechanismen einer globalen Wirtschaft
 - Finanzinvestoren, Private Equity und Hedge-Fonds
 - Eigenkapitalrenditen und internationaler Wettbewerb
 - „Basarökonomie“ Deutschland
 - Offene Dienstleistungsmärkte statt Mindestlöhne
 - Nachfragepolitik und Investitionsprogramme
- 4 Looking Abroad: Die Renaissance wettbewerbsorientierter Politikkonzepte
- 5 Zurück zur Marktwirtschaft
 - 5.1 Das Steuersystem klarer und wettbewerbsfähiger gestalten
 - 5.2 Mehr Markt auf dem Arbeits„markt“ ermöglichen
 - 5.3 Mehr Markt für die sozialen Sicherungssysteme
 - 5.4 Die Potenziale des Wettbewerbsföderalismus nutzen
 - 5.5 Subventionen abbauen, Märkte arbeiten lassen
- 6 Fazit

Berlin, 20. November 2006

Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstand

Mehr Freiheit wagen

1 Einmaleins der Marktwirtschaft

Die Geschichte hat gezeigt, dass die Menschen in marktwirtschaftlichen Gesellschaften insgesamt wohlhabender und freier sind als in planwirtschaftlichen. Warum ist das so?

1.1 Märkte sind effizienter als der Staat

Der wichtigste Grund lautet: Märkte sind staatlichen Institutionen in zentralen Bereichen überlegen.

- Märkte verbreiten und verarbeiten Informationen schneller.
- Sie stützen sich auf mehr Entscheidungsträger.
- Und sie bieten ihren nach Gewinn strebenden Akteuren einen Anreiz, ihr Wissen und Können effizient für Ziele einzusetzen, die auch ihren Mitbürgern wichtig sind.

Alle drei Aspekte hat der Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek mit seiner Idee des „Wettbewerbs als Entdeckungsverfahren“ zusammengefasst: „Dass in die Ordnung einer Marktwirtschaft viel mehr Wissen von Tatsachen eingeht, als irgendein einzelner Mensch oder selbst irgendeine Organisation wissen kann, ist der entscheidende Grund, weshalb die Marktwirtschaft mehr leistet als irgendeine andere Wirtschaftsform.“

Im entscheidenden Gegensatz zur Planwirtschaft sind die Ergebnisse des „Wettbewerbs als Entdeckungsverfahren“ nicht von vornherein bekannt, sondern ergeben sich im Zusammenspiel aller Beteiligten. Deshalb ist es irrig, zu glauben, man könne die Ergebnisse einer komplexen Volkswirtschaft im Detail beeinflussen oder auch nur vorhersagen. Hierdurch sind bereits die Grenzen von Wachstums- und Konjunkturpolitik skizziert. Der Versuch, mit Konjunkturprogrammen die Wirtschaft zu stimulieren, hat im Saldo für das Wirtschaftswachstum wenig bewirkt, dafür aber die Staatsverschuldung und Inflation hochgetrieben.

Aufgabe des Staates ist es vielmehr, günstige Rahmenbedingungen zu setzen, die erstens Wettbewerb ermöglichen (Sicherung von Privateigentum und Vertragsfreiheit) und zweitens das Funktionieren des

Wettbewerbs auf Dauer sicherstellen (Monopole verhindern). Das Leitbild der Wirtschaftsordnung, das der Freiburger Nationalökonom Walter Eucken entwickelt hat, ist die Marktform der vollständigen Konkurrenz, in der Leistungswettbewerb herrscht. Das bedeutet: Der beste Unternehmer hat Erfolg, nicht derjenige mit den besten Beziehungen zu Politik und Verwaltung.

1.2 Die Marktwirtschaft bietet dem Einzelnen mehr Handlungsfreiheit

Der zweite wichtige Grund für die Überlegenheit der Marktwirtschaft ist die Freiheit jedes einzelnen Bürgers. Bereits 1776 hat Adam Smith gezeigt, dass der Wohlstand der Nationen maßgeblich von der Freiheit seiner Bürger abhängt. Der „Index of economic freedom“ der Heritage Foundation bestätigt dieses Axiom: Er zeigt eine starke Korrelation zwischen dem gemessenen Freiheitsgrad für die Wirtschaft eines Landes und der durchschnittlichen Wirtschaftsleistung pro Kopf.

Vieles spricht dafür, dass es zumindest langfristig auch einen positiven Zusammenhang zwischen Marktwirtschaft und Demokratie gibt. Das Gegenteil ist allemal sicher: Planwirtschaft führt automatisch dazu, dass der Bürger als „kleines Rädchen im großen Ganzen“ instrumentalisiert, überwacht und kontrolliert wird. Das Beispiel der untergegangenen DDR zeigt dies eindrucksvoll.

1.3 Märkte sind weniger egoistisch als der Staat

Die „unsichtbare Hand des Marktes“ lenkt die Eigeninteressen der individuellen Akteure in Bahnen, die letztlich dem Gesamtwohl nützen. Die öffentliche Hand funktioniert hingegen nach anderen Mustern:

- Behörden fehlt die Disziplinierung durch den Wettbewerb am Markt. Das Machtstreben, das sich z.B. durch eine möglichst hohe Zahl an Mitarbeitern ausdrücken kann, wird in der Marktwirtschaft eher gebremst – in der Verwaltung weniger. Deshalb haben alle staatlichen Apparate die Tendenz, ständig zu wachsen und auf diese Weise immer kostenintensiver zu werden: Die Anzahl der Beamten in Deutschland hat sich seit 1960 verdoppelt.

- In Demokratien streben Parteien nach Stimmenmaximierung bei der nächsten Wahl. Politiker stehen deshalb permanent in einem Zielkonflikt zwischen den Entscheidungen, die sie als sinnvoll ansehen, und Entscheidungen, die ihre Wahlaussichten verbessern. Selbst Optimisten müssen einräumen, dass in vielen Fällen die populäre, aber langfristig schlechtere Lösung gewinnt. Erschwerend kommt hinzu: Parteien orientieren sich in der Regel an den Interessen einzelner, gut organisierter Wählergruppen – und diese Interessen stimmen nur selten mit denen der Allgemeinheit überein.
- Politiker können sich nicht in alle Themen, über die sie entscheiden müssen, intensiv einarbeiten. Deshalb sind sie oft auf die Expertise von Verbandsvertretern angewiesen. Das jedoch birgt die Gefahr, dass Interessengruppen in ihrem ureigenen Sinne Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse nehmen. Zur Zeit erweisen sich diese korporatistischen Verflechtungen als wichtiges Reformhindernis.

„Politiker sind wie schlechte Reiter, die so sehr damit beschäftigt sind, sich im Sattel zu halten, dass sie sich nicht mehr darum kümmern können, in welche Richtung sie reiten.“
Joseph Schumpeter

1.4 Staatseingriffe stören die Preisbildung

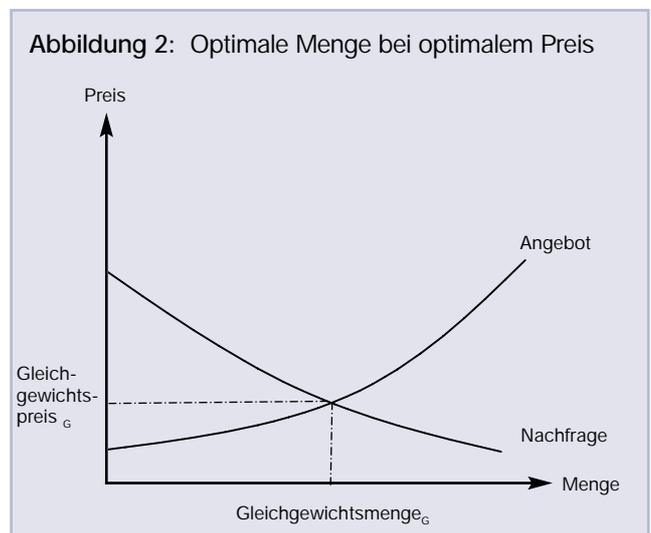
„Die Menschen kennen von allem den Preis, aber von nichts den Wert“, behauptet Oscar Wilde im „Bildnis des Dorian Gray“. Volkswirtschaftlich gesehen ist das falsch. Denn gerade durch den Preis, den jemand zu zahlen bereit ist, verleiht er seiner individuellen Wertschätzung für eine Ware oder eine Dienstleistung Ausdruck. Die „kollektive Marktintelligenz“ sorgt dafür, dass sich Angebot und Nachfrage in einem Gleichgewichtspunkt treffen. So findet sich eine optimale Lösung für alle, solange der Ausgleich über einen frei verhandelbaren Preis gesucht und gefunden wird. Eine „unsichtbare Hand“ (Adam Smith) steuert alle Marktteilnehmer in die Richtung der für sie (bzw. die Allgemeinheit) besten Lösung. Sie ist damit viel mächtiger als die unpräzise Hand des Staates.

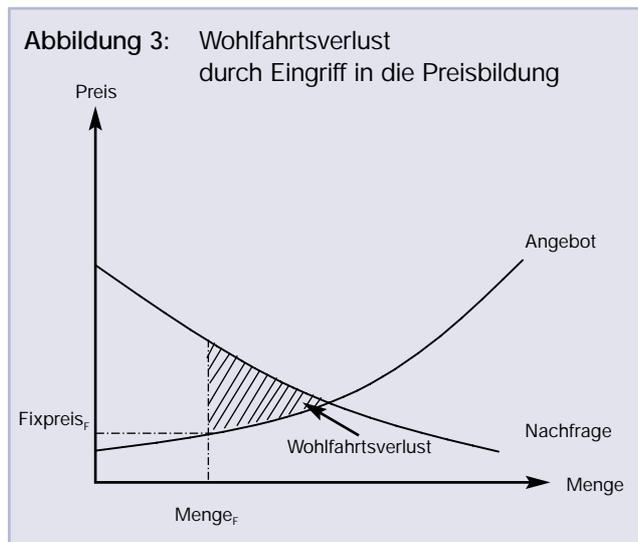
Wenn der Staat Entscheidungen an sich zieht, die auch auf Märkten gelöst werden können, etwa durch Mindest-, Höchst- oder Festpreise, kommt es zu Wohlfahrtsverlusten, da das empfindliche Gefüge der Preisbildung gestört wird. Gesamtwirtschaftlich ergibt



sich ein Wohlfahrtsverlust für Konsumenten wie für Produzenten. Dieser wird um so größer, je mehr der staatlich administrierte Preis vom eigentlichen „Marktpreis“ abweicht (vergleiche Abb. 2 und 3).

Ein Beispiel für die fatalen Wirkungen staatlicher Eingriffe ist der deutsche Arbeitsmarkt. Über vier Mio. offizielle und sechs bis sieben Mio. tatsächlich Arbeitslose stellen nicht ein unabänderliches Schicksal dar, sondern sind u.a. auch die Folge von Flächentarifverträgen sowie der faktischen Mindestlohnwirkung bei Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosengeld II. Diese Sozialleistungen verringern die Arbeitsanreize und führen zu relativ hohen Anspruchslöhnen auch bei gering Qualifizierten.





1.5 Vom Freihandel profitieren auch arme Staaten

Menschen haben in aller Regel unterschiedliche Talente und Spezialisierungen. In einer arbeitsteiligen Wirtschaft bewirkt der Markt ihren Einsatz dort, wo ihre Leistung am meisten Wirkung entfaltet. Der komparative Vorteil kommt auf diese Weise allen zugute. Dieses Prinzip gilt auch für den internationalen Handel: Die „unsichtbare Hand des Marktes“ lenkt die Produktionsfaktoren an die Stätten der relativ höchsten Produktivität. Bei einem funktionierenden Freihandel profitieren tendenziell alle Staaten, auch die ärmeren.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Gründe für Armut und Ungerechtigkeit in der Welt liegen nicht in einem „zu viel“ an Markt, sondern vielmehr in einem „zu wenig“: Die Märkte in den armen Ländern werden in ihrer Funktionsfähigkeit durch den Protektionismus der Industriestaaten eingeschränkt, etwa durch die EU-Schutzzölle auf Agrarprodukte, aber oftmals auch durch fehlende Infrastrukturen, fehlende politische Stabilität und Korruption.

1.6 Die Grenzen des Marktes

Das Spiel der Marktkräfte kann sich am besten entwickeln, wenn sich der Staat weitgehend zurückhält. Trotzdem ist er alles andere als überflüssig: Er muss einen vernünftigen Rahmen vorgeben, beispielsweise bei der Rechtssetzung und der Landesverteidigung, er garantiert die Solidarität mit Bedürftigen und soll den Wettbewerb gegen Monopolisierung verteidigen.

Aufgabe des Staates ist es auch, durch zwischenstaatliche Abkommen das Funktionieren des internationalen Handels zu ermöglichen. In Fällen von Marktversagen, beispielsweise bei externen Effekten durch Umweltverschmutzung, kann ein Eingreifen des Staates gerechtfertigt sein.

2 Das Modell Soziale Marktwirtschaft

Kein anderes Wirtschaftssystem bietet durch seine dezentralen Entscheidungsstrukturen so viel Freiheit und verlangt gleichzeitig so viel individuelle Verantwortung wie die Marktwirtschaft. Sie funktioniert nur unter der Bedingung der Freiheit. Im Zentrum einer marktwirtschaftlichen Ordnung steht der eigenverantwortliche Mensch, der für seine gestalterische Freiheit einen verlässlichen und berechenbaren Rahmen braucht. Im Unterschied zur reinen Marktwirtschaft übernimmt diese Ordnungsaufgabe der Staat.

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft wurde als Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland von den Ökonomen Walter Eucken, Franz Böhm, Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack entworfen. Es beruht auf den Prinzipien Freiheit der Märkte, Individualismus, sozialer Ausgleich und Verantwortung jedes Einzelnen gegenüber der Gesellschaft. Der Staat stellt dabei eine stabile Rahmenordnung zur Entfaltung der Marktkräfte zur Verfügung. Sozial Schwache werden solidarisch unterstützt, ohne jedoch ihren Anreiz zur Eigeninitiative zu schmälern.

„Das Soziale der Sozialen Marktwirtschaft ist, dass die Menschen in einer freiheitlichen Ordnung selbst Wohlstand erarbeiten können. Der Staat soll sie dabei nicht stören.“

Ludwig Erhard

Gesellschaftliche Solidarität wird in der Sozialen Marktwirtschaft als Teil individueller Verantwortung verstanden. Die Freiheit auf dem Markt wird so mit dem Prinzip des sozialen Ausgleichs verbunden. Der Staat hat in der Sozialen Marktwirtschaft in erster Linie die Aufgabe, Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit von Märkten zu schaffen. Darüber hinaus fällt ihm eine soziale Mindestsicherung seiner Bürger zu. Jedoch muss er dabei nicht alle Leistungen selbst erbrin-

gen, sondern kann sie auch an Sozialpartner in der Wirtschaft delegieren. Diese haben dann bestimmte Aufgaben unter Wahrung definierter Rahmenbedingungen zu erfüllen, z.B. in der Sozialversicherung.

Welche konkreten Aufgaben obliegen dem Staat im Modell der Sozialen Marktwirtschaft? Neben der Verhinderung von Gewalt und Betrug, dem Schutz von Eigentumsrechten und der Vertragsfreiheit sowie der Etablierung von Haftungsregeln gibt es explizite Besonderheiten der Sozialen Marktwirtschaft:

- **Geldwertstabilität**
durch eine unabhängige Zentralbank

Die Notenbankgesetzgebung sieht eine von der Regierung unabhängige Zentralbank vor. In ihrer Verantwortung liegt die Wertstabilität der Zahlungsmittel durch Anpassung der Geldmenge in der benötigten Größenordnung; über den Marktzinssatz nimmt sie Einfluss auf den Preis des Geldes, z.B. in Form eines Kredits. Die Unabhängigkeit schützt die Zentralbank vor Missbrauch durch die auf Machterhalt bedachten Politiker.

- **Wettbewerbspolitik**

Der Staat hat dafür Sorge zu tragen, dass grundsätzlich alle Märkte allen offen stehen. Dem Missbrauch von Marktmacht beugt eine Kartellgesetzgebung vor, die das Entstehen von Monopolen und marktbeherrschenden Stellungen verhindern bzw. kontrollieren soll.

- **Sozialer Ausgleich**

Über sozialpolitische Instrumente garantiert der Staat unverschuldet in Not geratenen Menschen eine grundsätzlich befristete Mindestversorgung als Hilfe zur Selbsthilfe.

Weitere Aufgaben, für die der Staat Sorge trägt, sind: Schulbildung, Umweltschutz sowie die Etablierung zwischenstaatlicher Vereinbarungen über einen rechtlich abgesicherten Waren-, Dienstleistungs-, Geld-, und Kapitalverkehr in der Weltwirtschaft. Der Aufgabenkanon der öffentlichen Hand umfasst also in der Sozialen Marktwirtschaft ein Netz sozialer Sicherheit sowie ein vernünftiges Angebot öffentlicher Güter. Alle übrigen Bereiche sollten konsequent dem Markt und damit privaten Anbietern überlassen werden. Auch „Institutionen“ wie die Arbeitnehmermitbestimmung, der Flächentarifvertrag oder die Handwerksordnung sollten einer kritischen Überprüfung unterzogen werden.

Erhards Mut zur Marktwirtschaft

Ludwig Erhard hatte eine klare Vorstellung von der stabilisierenden und stimulierenden Wirkung marktwirtschaftlicher Mechanismen, als er einen Tag nach der Währungsunion, am Montag, den 21. Juni 1948, überraschend zahlreiche Preisverordnungen und Bewirtschaftungsvorschriften außer Kraft setzten ließ. Er nahm an, dass der Erfolg der Währungsunion von der Übereinstimmung von Geldmenge und Güterangebot abhinge. Das Warenangebot wollte er nun dem Markt überlassen – ein Plan, der nicht nur im Widerspruch zum weithin favorisierten Wirtschaftssozialismus stand, sondern auch angesichts der von Desillusionierung und Knappheit geprägten Lage riskant schien. Hinzu kam, dass Erhard nicht nur Mitstreiter, sondern auch die formale Kompetenz zu einem solchen Schritt fehlten. Sie lag bei der Militärverwaltung der Westzonen und wäre Erhard für dieses Vorhaben wohl nicht übertragen worden.

Der Erfolg gab Erhard jedoch Recht: Auf einen Schlag waren die Schaufenster so voll wie seit Jahren nicht mehr, und es machten sich Zuversicht und Aufbruchstimmung breit. Mit seinem entschiedenen Kurs des freien Wettbewerbs führte Erhard Deutschland zu Wachstum, Wohlstand und Vollbeschäftigung. Staatsinterventionen lehnte er indessen ab.

3 Abschied von der Sozialen Marktwirtschaft

Aus dem schlichten Ansatz der Sozialen Marktwirtschaft nach Ludwig Erhard ist ein Fürsorgestaat erwachsen, der nahezu fünfzig Prozent des Volkseinkommens aufzehrt. Der heutige Staat hat eine nicht zu überblickende Anzahl an Aufgaben an sich gezogen. 4,67 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst (2004) versuchen diese Aufgaben zu erfüllen. Von einem schlanken Staat, der lediglich die Rahmenordnung für freies und verantwortliches Handeln des Individuums vorgibt, kann schon lange keine Rede mehr sein.

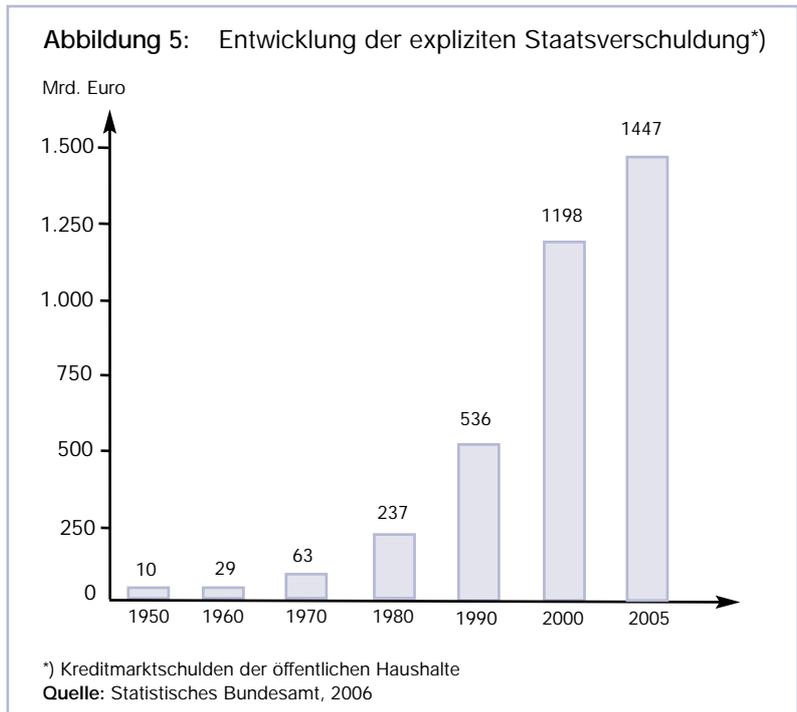
Die Anzahl der Gesetze und Verordnungen, welche die Wirtschaft heute reglementieren, ist nicht mehr zu ü-

berblicken. Der Staat ist Eigentümer zahlreicher wirtschaftlicher Unternehmen im Bankgewerbe, Verkehr, Versorgungswirtschaft und Kohlebergbau; die öffentliche Hand produziert handwerkliche Leistungen und betreibt sogar Reisebüros. Allzu oft ist das Vordringen des Staates in den Deckmantel der „Sozialen Gerechtigkeit“ gekleidet worden. Mangelndes Verständnis der Marktsysteme, fehlendes Vertrauen in die Marktkräfte und gezielte Wahlgeschenke haben nun die Lähmung des Landes nach sich gezogen. Sie ist Folge eines übergroßen, ineffizient wirtschaftenden Staates.

Die Politik kann jedoch nur verteilen, was am Markt zuvor erwirtschaftet wurde. Dieser Grundsatz wurde im Werben um die Wählergunst über Jahrzehnte missachtet. Ergebnis ist ein Wohlfahrtsstaat, dessen enormer Finanzbedarf das Wachstum bremst.

Entwicklung der Staatsquote in Deutschland

Die Staatsquote, also der Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt, hat sich von rund 39 % (1970) auf nunmehr knapp 47,2 % (2005) erhöht. Die „sündigen Zeiten“ lagen z. B. Anfang der 1970er Jahre, als die Staatsquote innerhalb von nur fünf Jahren um zehn Prozentpunkte nach oben schnellte. Dies geschah einerseits im Glauben, mit Hilfe einer antizyklischen Wirtschaftspolitik nach Keynes den Konjunk-

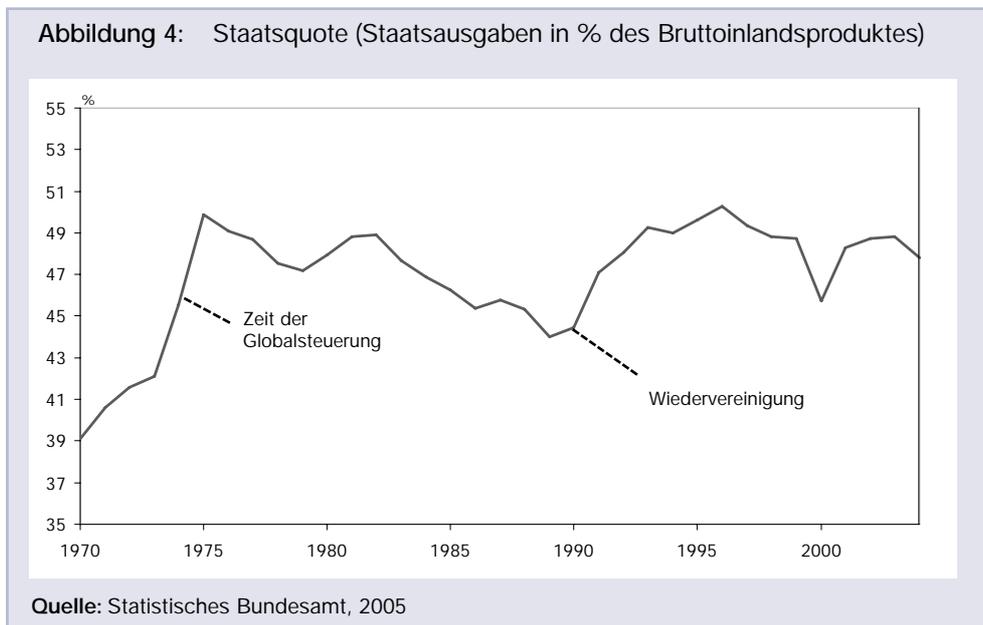


turzyklus ausgleichen zu können. Andererseits wurde in dieser Zeit voller Wohlstandszuversicht in den Sozialstaat investiert, etwa durch Leistungsausweitungen in der Krankenversicherung. Auch die „Erfindung“ der aktiven Arbeitsmarktpolitik im Zuge des Anstiegs der Arbeitslosigkeit fällt in diese Zeit.

Der zweite „Sündenfall“ ereignete sich in der ersten Hälfte der 1990er Jahre, als die Quote von ca. 44 % auf annähernd 50 % stieg. Ursache für diesen Anstieg war die Übertragung des westdeutschen Sozialstaats auf die neuen Bundesländer; die historische Chance

eines gesamtdeutschen Richtungswechsels wurde verschenkt. Mittlerweile haben der Globalisierungsdruck sowie die Belastung durch eine implizite Staatsverschuldung von über sieben Billionen Euro die Staatsquote mit Hilfe einiger Sozialeinschnitte wieder etwas sinken lassen. Sie liegt derzeit bei einem Staatsausgabenanteil von ca. 47% am Bruttoinlandsprodukt.

Die hohe Staatsquote ist Ausdruck eines aktiven, umverteilenden Staates;



sie bedeutet hohe Lohnnebenkosten, eine ungünstige Brutto-Netto-Relation der Löhne und eine relativ hohe Abgabenquote. Diese Auswirkungen mögen sich in den 1970er Jahren noch nicht deutlich gezeigt haben; angesichts des internationalen Wettbewerbs tun sie es heute um so mehr.

Es ist außer Acht gelassen worden, dass die Soziale Marktwirtschaft Erhardscher Prägung den sozialen Ausgleich schon impliziert und gleichzeitig die beste Grundlage für wirtschaftliche Dynamik darstellt. So ist die Marktwirtschaft ohne Staat durchaus sozial, wenn die Freiheit des Individuums und seine Verantwortung gegenüber der Gesellschaft im Mittelpunkt stehen. Den Menschen ist mehr Risiko und Eigenverantwortung zuzutrauen, als es den meisten staatlichen Entscheidungsträgern bewusst ist.

Exkurs: Komplexe Marktmechanismen einer globalen Wirtschaft

Finanzinvestoren, Private Equity und Hedge-Fonds

Wenn privates Kapital, investiert von Pensionskassen, Versicherungen und Stiftungen, nach Deutschland fließt, ist dies eine gute Nachricht. In- oder ausländische Finanzinvestoren nutzen die Mittel von Private-Equity-Fonds (private Beteiligungskapital-Fonds), um in bedrohte Unternehmen zu investieren, bevor diese insolvent werden. Mit fünf bis sieben Jahren verfolgen diese eine mittelfristige Anlagestrategie: Ziel ist es, das Unternehmen nach erfolgter Sanierung gewinnbringend an einen weiteren strategischen Investor zu veräußern oder an die Börse zu bringen. Häufig bringen Finanzinvestoren dabei nicht nur Eigenkapital sowie zusätzlich akquiriertes Fremdkapital, sondern auch unternehmerischen Sachverstand ein. Festzuhalten ist, dass Finanzinvestoren vor allem in junge oder schwache und daher niedrig bewertete Unternehmen investieren, um diese gewinnbringend aufzubauen. Die Rede vom anonymen Ausschachten kerngesunder Firmen erscheint bei Lichte betrachtet stark polemisch gefärbt; der in Deutschland herrschende Mangel an Investitionskapital wird bewusst ausgeblendet.

Obwohl Hedge-Fonds den Gedanken der Sicherheit durch schützende Hecken (Hedge) im Namen führen, verfolgen sie mit ihrem kurzen Anlagehorizont eine eher risikoorientierte Strategie. Die Fondsmanager können die Anlageformen dabei frei wählen. So versuchen sie Ineffizienzen der Kapitalmärkte aufzuspüren und zu nutzen, etwa indem auf fallende Kurse von erst geliehenen und dann verkauften Aktien gesetzt wird (sog. Leerverkäufe). Diese werden dann zu günstigeren Kursen wieder erworben und an den Verleiher zurückgegeben. Hedge-Fonds erfüllen damit an den Finanzmärkten eine wichtige Funktion: Sie erhöhen ihre Effizienz, springen mit Liquidität ein und übernehmen Risiken, für die es ansonsten keine Käufer gäbe. Für Unternehmen in finanzieller Schieflage sind Hedge-Fonds oft die letzte Rettung.

Entgegen landläufiger Meinung ist der Einfluss von Finanzinvestoren in Deutschland mit einer Investitionssumme von nur 0,17 % des BIP (2004) gering. Auch der Vorwurf des oberflächlichen „Window-dressing“ für einen schnellen Weiterverkauf ist nicht haltbar: Europaweite Untersuchungen (Univ. Nottingham) zeigen, dass über 60 % der Investitionsunternehmen nach steigen-

den Umsätzen und Gewinnen in den ersten drei Jahren Personal auf- statt abgebaut haben. Volkswirtschaftlich gesehen erfüllen somit sowohl Finanzinvestoren als auch Hedge-Fonds wichtige Funktionen, nicht zuletzt als Angebot für eine kapitalmarktbasierende Altersvorsorge. Nachzudenken ist jedoch über Transparenzrichtlinien, die Insiderhandel und Marktmissbrauch erschweren.

Eigenkapitalrenditen und internationaler Wettbewerb

Die Rendite des Eigenkapitals, also die Verzinsung jedes eingesetzten, nicht geliehenen Euros, ist ein wichtiges Kriterium zur Unternehmensbewertung. Gerade bei börsennotierten Kapitalgesellschaften ist dieses Merkmal zentral, da der Marktwert des Unternehmens an den Börsen täglich neu ausgehandelt wird. Gleichzeitig besteht stets die Möglichkeit einer Übernahme; dafür ist die Gelegenheit bei einer niedrigen Börsenbewertung günstig.

Um sich auf Dauer vor Übernahmen zu schützen, muss ein Global Player einen angemessenen Gewinn und damit eine hohe Eigenkapitalverzinsung erreichen. Das Programm zur Erhöhung der Eigenkapitalrendite von 25 % wie bei der Deutschen Bank ist daher ein legitimes, betriebswirtschaftlich begründetes und auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Konzept.

Das besondere Problem deutscher Konzerne sind ihre hohen Kosten, für die auch der Fiskus Verantwortung trägt. Internationale Konkurrenten haben in der Regel eine um die Hälfte geringere Steuerquote. Die Deutsche Bank muss z.B. 1,70 Euro für jeden ausgeschütteten Euro erwirtschaften, während der internationale Schnitt bei 1,30 Euro liegt. Das Verhältnis von Kosten und Erlösen liegt bei der Deutschen Bank bei 79,4 % und ist damit im internationalen Vergleich miserabel. Eine hohe Eigenkapitalrendite ist jedoch das wichtigste Schutzschild gegen eine Übernahme.

„Basarökonomie“ Deutschland

Die These von der „Basarökonomie“ (H.W. Sinn) bezeichnet eine Volkswirtschaft, deren Exportindustrie vor allem deshalb auf den internationalen Märkten erfolgreich sei, weil sie Vorprodukte günstig aus dem Ausland beziehe, um sie im Heimatland mit Hilfe hochentwickelter Technologien und Arbeitskräfte zu „veredeln“. Am Heimatstandort werde mit nur noch geringer Fertigungstiefe die Endmontage von Produkten vorgenommen, die dann mit vollem Wert in die Außenhandelsstatistik einfließen. Es laufe mehr

Handel als Produktion ab, vergleichbar mit einem Basar.

Das zentrale „Basarökonomie“-Argument einer verschleierte Deindustrialisierung durch Produktionsverlagerungen ins Ausland ist für Deutschland jedoch zu bezweifeln: Zwar hat die Fertigungstiefe hiesiger Produktion tatsächlich zugunsten einer erhöhten Zahl importierter Vorprodukte abgenommen; die absolute Wertschöpfung hat jedoch stark zugelegt. Durch die Produktionsverlagerung ins Ausland erlangen deutsche Firmen einen Kostenvorteil, ohne den sie international nicht konkurrenzfähig wären. Diese erhöhte Wettbewerbsfähigkeit führt zu Mehrexporten, die wiederum positive Beschäftigungseffekte nach sich ziehen. Dadurch wird die negative Wirkung einer abnehmenden Fertigungstiefe pro exportiertem Stück durch die wachsende Exportstückzahl überkompensiert.

Die „Basarökonomie“ bezeichnet im Grunde etwas sehr positives, nämlich die erfolgreiche Anpassung der deutschen Wirtschaft an die internationale Arbeitsteilung: Die Internationalisierung der Produktionsprozesse führt zu erhöhter – exportinduzierter – Wertschöpfung im Inland. Ergebnis ist ein positiver Saldo von verlagerten und neu entstehenden Arbeitsplätzen.

Offene Dienstleistungsmärkte statt Mindestlöhne

Dienstleistungen erbringen heute etwa 70 % der Wirtschaftsleistung in Europa. Dennoch bleiben sie mit einem grenzüberschreitenden Anteil von nur 20 % ein weitgehend nationales Produkt. Ursache dafür sind Marktzutrittsschranken und bürokratische Hemmnisse aller Art.

Mit einer überarbeiteten Dienstleistungsrichtlinie verfolgt die Europäische Kommission das Ziel, Barrieren für grenzüberschreitend erbrachte Auftragsarbeiten abzubauen. Damit wird europäischen Dienstleistungserbringern gestattet, ihre Berufserlaubnis über die Grenzen hinweg mitzuführen, ohne dafür erst besondere Genehmigungen einholen zu müssen. Sie unterliegen grundsätzlich nur noch den Gesetzen des Landes, in dem sie niedergelassen sind; die Zulassung in *einem* EU-Mitgliedstaat genügt demnach, um in *allen* Mitgliedsländern der Union Leistungen anbieten zu können. Vorschriften wie Hygiene-, Sicherheits- oder Umweltregeln des jeweiligen Gastlandes sind jedoch nach wie vor einzuhalten. Die Anbieter konkur-

rieren also allein über den Preis und die Qualität der erbrachten Arbeiten. Obwohl einige Branchen wie der Finanzsektor, die Altenpflege oder Verkehrsdienstleistungen voraussichtlich nicht für Anbieter aus dem europäischen Ausland geöffnet werden, wird von der weitgehenden Realisierung eines hürdenfreien Dienstleistungsmarktes ein positiver Impuls auf die europäische Wirtschaft ausgehen. Ein gesetzlicher Mindestlohn würde diesen Markt hingegen erstarren lassen. Das Nachsehen hätten der Verbraucher und die abgeschottete Volkswirtschaft als Ganzes. Dabei ist bei einem funktionierenden Markt für Dienstleistungen zu erwarten, dass sich die Löhne innerhalb der EU angleichen werden. Denn hier wirkt das Gesetz der ausgleichenden Faktorpreise, das im besonderen Maße für den Preis für Arbeit gilt.

Die Öffnung der europäischen Dienstleistungsmärkte bietet indes auch einen Ausweg aus dem deutschen Dilemma von traditioneller Industrielastigkeit und Dienstleistungsregulierung. Sie erhöht den Anreiz, Ressourcen auf Dienstleistungen zu lenken, in denen das Land international wettbewerbsfähig sein kann. Insgesamt profitieren nicht nur die Haushalte und mit ihnen die Binnenkonjunktur, sondern auch einheimische Unternehmen, die anspruchsvolle Arbeiten leichter exportieren können.

Nachfragepolitik und Investitionsprogramme

Im Zuge der großen Depression in den 1920er Jahren entwickelte John Maynard Keynes seine „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Geldes und des Zinses“, die Generationen von Politikern eine scheinbare Legitimation für populistischen und symbolischen Interventionismus bot. Mittlerweile gilt die antizyklische Konjunkturpolitik im Sinne der „Globalsteuerung“ der 1970er Jahre als überholt. Sie ist als teures und häufig kontraproduktiv wirkendes Instrument der Politik in die Wirtschaftsgeschichte eingegangen.

Dennoch sind Politiker auch heute noch regelmäßig versucht, sich in Rezessionszeiten als Krisenmanager zu profilieren. Sie drängen die Zentralbanken zu niedrigen Zinsen und zur Geldmengenausweitung, sie erhöhen mit Investitionsprogrammen eine schuldenbasierte Staatsnachfrage oder sie greifen mit Forderungen nach übermäßigen Lohnsteigerungen in die Lohnfindung ein. Der volkswirtschaftliche Effekt fällt demnach – nicht nur wegen des steigenden Haushaltsdefizits – negativ aus. Zunächst wirken so genannte „crowding out“ (Verdrängungs-)Effekte.

Ist die erhöhte Staatsnachfrage kreditfinanziert, sind die Zinsen im Begriff zu steigen: Private Investitionen werden zurückgedrängt. Wird die Staatsaktivität zudem durch eine Geldmengenausweitung unterstützt, gibt es eine Tendenz zur Inflation, die Haushalte und Unternehmen verunsichert. Hinzu kommen Risikoaufschläge von privaten Kreditgebern, die das Zinsniveau weiter steigen lassen. Gegen den Versuch einer staatlich induzierten antizyklischen Konjunkturpolitik sprechen außerdem Wirkungsverzögerungen („lags“) von bis zu 6 Monaten. Die Erkenntnis- und Entscheidungsverzögerungen im Staatsapparat sind hier noch nicht einmal eingerechnet. Die Zielgenauigkeit der Konjunktursteuerung ist daher insgesamt schwach.

Ein Klassiker der Nachfragetheorie ist das Binnenkaufkraftargument: So müssten nur die Löhne auf breiter Front erhöht werden, um über eine verstärkte Kaufkraft der Bevölkerung die Wirtschaft in Schwung zu bringen. Doch von dem, was von einer Erhöhung des durchschnittlichen Bruttomonatslohns übrig bliebe, kann sich auch der größte Keynesianer keinen wesentlichen volkswirtschaftlichen Impuls erhoffen. Das Institut der deutschen Wirtschaft hat jüngst das folgende Beispiel einer Lohnerhöhung um 100 Euro (im Jahr 2005) errechnet: So gibt ein verheirateter Alleinverdiener mit zwei Kindern nach Steuern, Sozialbeiträgen, Ersparnis und Importwarenkonsum lediglich 35,20 Euro für inländische Produkte aus. Ein Single verausgabt nicht mehr als 27,50 Euro. Auf der anderen Seite steigen die Arbeitskosten jedoch nicht nur um 100 Euro, sondern aufgrund der arbeitgeberseitigen Sozialversicherungsbeiträge um 121 Euro. Ist die Lohnerhöhung darüber hinaus politisch verordnet, kann der Arbeitsplatz zunehmend unsicher werden – die Kauflust wird wiederum gedrückt.

Das typische Ergebnis einer solchen Nachfragepolitik ist Stagflation (wirtschaftliche Stagnation bei gleichzeitiger Inflation) – vom weiter wachsenden Schuldenberg des Staates ganz zu schweigen. Die bessere Erkenntnis ist: Konjunkturelle Schwankungen sind häufig Reaktionen auf externe Schocks; sie sind für den volkswirtschaftlichen Strukturwandel notwendig und werden durch den freien Markt und seine Teilnehmer aufgefangen.

Die ökonomisch längst überholte keynesianische Nachfragetheorie darf daher nicht länger als Argument für politischen Aktionismus oder unverantwortliche Wahlversprechen bemüht werden.

4 Looking Abroad: Die Renaissance wettbewerbsorientierter Politikkonzepte

Reformen sind pfadabhängig. Sie können nur funktionieren, wenn sie in Bezug zum jeweiligen gesellschaftlichen und institutionellen Umfeld stehen. Der Status quo eines Landes muss als Ausgangspunkt für jede Reformbemühung zunächst in den Vordergrund gerückt werden; von diesem ausgehend können sodann Maßnahmen erwogen und geplant werden, um definierte Zielmarken zu erreichen.

Erfolgreiche Reformen in Ländern wie Großbritannien, den USA, den Niederlanden oder in Skandinavien sind daher nur bedingt als Vorbild für die Bundesrepublik Deutschland geeignet. Häufig ist nicht nur das gesellschaftliche Umfeld und die landestypische Mentalität unterschiedlich, sondern auch die volkswirtschaftliche Großwetterlage: In vielen Ländern war die Lage unmittelbar vor den Reformen schlechter als derzeit in Deutschland. Die Menschen

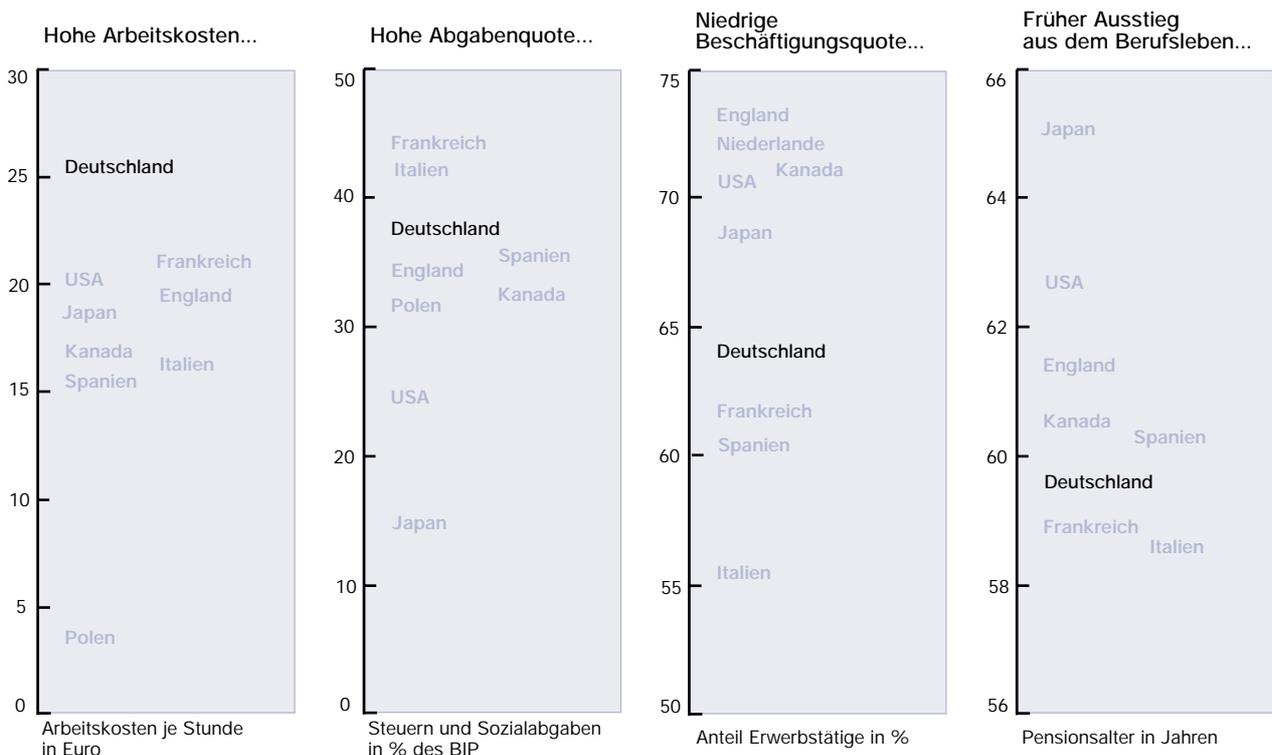
verstanden in der Mehrzahl die dringende Notwendigkeit von Veränderungen und stützten die Reformer.

Auch wenn die konkreten Reformschritte nicht immer übertragbar sind, lohnt sich dennoch der Blick über die Grenzen. Zu erkennen ist, dass wirtschaftliche Prosperität Hand in Hand mit einer Sanierung der öffentlichen Haushalte und der sozialen Sicherungssysteme geht. Wer die Wachstumskräfte stärkt, bekommt in aller Regel auch die Arbeitslosigkeit und die öffentlichen Kassen in den Griff. Das Vorbild erfolgreicher Länder zeigt, dass die Rücknahme des Sozialstaates und die Rückkehr zu wettbewerbsorientierten Strukturen zu Wachstum führt. Unabhängig von Deutschlands individuellem Entwicklungspfad lassen sich aus einer Meta-Betrachtung Handlungsimpulse ableiten.

Auf folgenden Feldern weist die Bundesrepublik Deutschland Nachteile zur internationalen Standortkonkurrenz auf:

Erfolgreiche Länder mit wachsendem Bruttoinlandsprodukt und niedriger Arbeitslosenquote sind zu Prosperität gelangt, indem umfassend dereguliert wurde.

Abbildung 6: Ländervergleich



Quelle: OECD, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2004

Staatliche Einflussnahme wurde zugunsten bürgerlicher und unternehmerischer Verantwortung zurückgedrängt. An den folgenden Beispielen wird dies deutlich:

Steuerreform und Haushaltskonsolidierung

In **Irland** sind derzeit 4,3 % (2005) der Erwerbsbevölkerung arbeitslos; in den 1970er und 1980er Jahren waren es noch mehr als 20 %. Der kometenhafte Aufstieg Irlands hängt eng mit der Investitionstätigkeit ausländischer Unternehmen zusammen. Ihnen wurde mit einem einfachen und attraktiven Besteuerungssystem ein günstiges Pflaster geboten. Die Absenkung der Körperschaftsteuer auf schließlich 12,5 % im Jahr 2003 löste ein Wirtschaftswunder aus, dessen fiskalische Wirkung die Grundlage für die Gesundung der öffentlichen Finanzen darstellte.

Ebenfalls wachstumsstimulierend hat die Einführung einer Flat-Tax mit einem einheitlichen Steuersatz von 19 % in der **Slowakei** gewirkt. Der Vereinfachungseffekt durch die gleichzeitige Streichung von zahlreichen Ausnahmetatbeständen sowie die unübertroffene Transparenz einer Einheitssteuer werden voraussichtlich dazu führen, dass die slowakische Regierung im Zuge einer florierenden Wirtschaft ein Haushaltsplus verbuchen kann. Das Beispiel **Großbritannien** zeigt schließlich, dass eine sinkende Steuerbelastung zu Wirtschaftswachstum und zu gleichzeitig intakten öffentlichen Finanzen führen kann, wenn der Staat die Ausgabendisziplin wahrt. Zwischen 1983 und 1988 senkte die Premierministerin Margaret Thatcher die Körperschaft- und Einkommensteuer in mehreren Schritten, dennoch stieg der Anteil der direkten Steuern am Bruttoinlandsprodukt. Die Wirtschaft wuchs seit 1983 um bis zu 5 % jährlich.

Arbeitsmarkt und Wettbewerb

Verteilungsorientierte Wohlfahrtsstaaten weisen in aller Regel ein hohes Maß an Arbeitsmarktregulierung auf. Dabei werden sogar zeitlich befristete Arbeitsverhältnisse oder Teilzeitbeschäftigungen in ein Regulierungskorsett gezwängt, das jede positive Wirkung moderner Beschäftigungsstrukturen auf dem Arbeitsmarkt verhindert. Eine elastischere Reaktion ist hingegen in wettbewerbsorientierten Marktwirtschaften möglich. Als gemeinsames Merkmal weisen solche Volkswirtschaften, beispielsweise die angelsächsischen Staaten sowie die Schweiz, eine geringe Regulierungsdichte der Arbeitsmärkte, einen niedrigen Staatsanteil und ein hohes Maß an Vertragsfreiheit und Privatwirtschaft auf. Wettbewerbsorientierte Staaten zeichnen sich durchgängig durch eine geringe Arbeitslosenquote und ein niedriges Niveau der Langzeitarbeitslosenquote aus.

Abbildung 7: Pro-Kopf-Einkommen im Vergleich (in US-Dollar)



Großbritannien und Dänemark sind nach starken Arbeitsmarktproblemen zu Beginn der 1990er Jahre zu Quoten von 4,6 % und 5,4 % (2004) zurückgekehrt. Insbesondere konnten beide Länder die Langzeitarbeitslosigkeit stark zurückführen. Um den Arbeitsmarkt tatsächlich wieder zu einem Markt zu machen, wurden zahlreiche staatliche Schutzregulierungen zurückgenommen. Darüber hinaus hatten beide Länder den Mut, bei der Gewährung von Lohnersatzleistungen konsequenter vorzugehen. Friktionen auf Angebots- und Nachfrageseite konnten auf diese Weise überwunden und das Beschäftigungsniveau stark erhöht werden.

Der sicherste Weg zu Wachstum und Wohlstand führt über den Wettbewerb. Internationale Vergleiche stellen Staaten mit einer freiheitlichen Wirtschaftsverfassung ein deutlich besseres Zeugnis aus als Wohlfahrtsstaaten mit umfangreichem Umverteilungsinstrumenten. Das Wettbewerbsprinzip muss dabei alle gesellschaftlichen Ebenen, die sozialen Sicherungssysteme und den Staat selbst erfassen. Lohnzurückhaltung kann nur dann zu den gewünschten Beschäftigungseffekten führen, wenn gleichzeitig die überregulierten Arbeitsmärkte reformiert werden. Deutschland ist zum Prototypen eines verteilungsorientierten überregulierten Wohlfahrtsstaats geworden. So wie Irland, Großbritannien und Dänemark kann aber auch unser Land wieder zu Prosperität und Vollbeschäftigung zurückkehren. Voraussetzung dafür sind mutige und stets wettbewerbsorientierte Reformen.

5 Zurück zur Marktwirtschaft

Im ewigen Marathonlauf um ein hohes Volkseinkommen lief Deutschland lange in der vordersten Gruppe. Doch unser Tempo ist seit zehn Jahren abgesunken: In diesem Zeitraum betrug das reale Wirtschaftswachstum insgesamt nur 15 %, während die Weltwirtschaft um 46 % wuchs, die „alte“ EU immerhin um 24 %. Kein Wunder, dass Deutschland ständig Läufer überholen: Mittlerweile liegen allein von den EU-Staaten Irland, Dänemark, Großbritannien, Schweden, die Niederlande, Norwegen und Österreich beim Pro-Kopf-Einkommen vor Deutschland (siehe Abb. 7). Wenn unser Land in unserem Wohlstandsniveau nicht weiter zurückfallen soll, muss es dringend seine Wachstumsdynamik steigern.

Die „deutsche Krankheit“ in Form von Wachstumschwäche und hoher Arbeitslosigkeit hat viele Ursachen:

- Ein Arbeitsmarkt, der kein Markt ist.
- Ein überkompliziertes Steuersystem mit einer zu hohen Steuer- und Abgabenbelastung, das nicht mehr wettbewerbsfähig ist.
- Eine Umverteilung, die keine Anreize für Leistung und Erfolg bietet.
- Eine überbordende Bürokratie.
- Viele undurchsichtige föderale Verflechtungen.

Alle Ursachen lassen sich unter dem Schlagwort „zu viel Staat, zu wenig Wettbewerb“ zusammenfassen. Eine Rückkehr zur Sozialen Marktwirtschaft bedeutet, dem Markt wieder mehr Raum zu lassen, wie in den folgenden Punkten dargestellt wird. Nur so kann wieder mehr Wirtschaftswachstum entstehen.

5.1 Das Steuersystem klarer und wettbewerbsfähiger gestalten

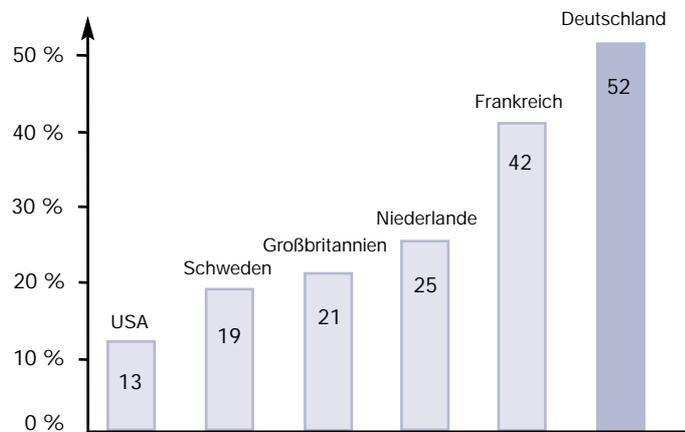
Das deutsche Steuersystem wird aus zwei Gründen dem Wettbewerbsprinzip nicht gerecht und belastet deshalb die Wachstumsdynamik: Erstens beeinträchtigt das hohe Steuerniveau Arbeitsanreize sowie die Investitionstätigkeit. Die Funktionsfähigkeit der Märkte wird also durch die umfangreiche Besteuerung eingeschränkt. Zweitens verzerrt das deutsche System den Wettbewerb: Beispielsweise ist die Besteuerung von Unternehmen nicht rechtsformneutral. Außerdem gibt es viele Fälle, in denen sich unrentable Investitionen allein aufgrund von Steuervorteilen rechnen. Das führt zu Fehlallokationen. Ein prägnantes Beispiel dafür sind die Steuererleichterungen für Bauinvestitionen in Ostdeutschland: Diese führten dazu, dass viele Gebäude errichtet bzw. renoviert wurden, die nun leer stehen.

Weiterhin erweist es sich international als klarer Nachteil, dass die deutsche Steuergesetzgebung den immer intensiver werdenden internationalen Steuer- und Standortwettbewerb bisher fast gänzlich ignoriert hat. Deutschland hatte 2004 die höchsten nominalen Unternehmensteuern von allen EU-Staaten. Auch bei der Effektivbelastung liegt Deutschland mit 36 % (Quelle: ZEW 2005) im Vergleich zur EU (24 %) relativ hoch. Dies führt oftmals dazu, dass Betriebe Gewinne oder Arbeitsplätze in Länder mit günstigerer Belastung verlagern, dass private Aufträge zunehmend in Schwarzarbeit erledigt werden und dass dringend notwendige Arbeitsplätze nicht entstehen können. Ohnehin generiert der Staat nur einen eher geringen Teil aller Steuern über die direkte Unternehmensbesteuerung.

Doch gerade bei Unternehmen wirken sich hohe Sätze besonders fatal aus, weil sich ihre Wettbewerbsposition verschlechtert bzw. eine Abwanderung ins Ausland für sie zunehmend attraktiver wird.

Das Gebot der Stunde ist es deshalb, die undurchschaubaren Regeln des deutschen Steuerrechts zu vereinfachen und auf ihre grundlegenden Prinzipien zurückzuführen. Dabei muss auch die Steuerbelastung der Unternehmen gesenkt werden, für Personengesellschaften genauso wie für Kapitalgesellschaften – damit die Prinzipien des Marktes wirken können und Deutschland wieder wettbewerbsfähig wird.

Abbildung 8: Prozentualer Anteil der Langzeitarbeitslosen 2004



Quelle: OECD, 2004

5.2 Mehr Markt auf dem Arbeits„markt“ ermöglichen

Wenn ein deutsches Unternehmen Mitarbeiter entlässt, sorgt das in der Regel für Negativ-Schlagzeilen. Dabei findet der Skandal an anderer Stelle statt: Nicht der Personalabbau ist das Problem, sondern die Tatsache, dass für die abgebauten Stellen anderen Orts zu wenig neue entstehen. Das gilt auf volkswirtschaftlicher Ebene wie auch für den Einzelnen: Eine Entlassung wird erst dann zum Schicksalsschlag, wenn es auf dem Arbeitsmarkt keine Perspektiven gibt, einen neuen Job zu finden. Das ist in Deutschland oftmals der Fall, gerade für Ältere und einfach Qualifizierte.

Es braucht mehr Markt auf dem Arbeitsmarkt: Denn die Mauer des Kündigungsschutzes wirkt in beide Richtungen: Sie behütet nicht nur die Arbeitsplatzbesitzer, sondern sperrt auch viele Arbeitssuchende aus. Ein gelockerter Kündigungsschutz würde keine bestehenden Arbeitsplätze gefährden – hier gilt der Vertrauensschutz. Für Arbeitssuchende aber böte er die Chance, eine Stelle zu finden, die sie unter den bestehenden Bedingungen oftmals nicht erhalten.

Das System der Tarifautonomie ist verfassungsrechtlich geschützt. Doch es wäre wünschenswert, wenn sich die Tarifpartner auf mehr Flexibilität einigten, etwa bei Arbeitszeiten, Lohnkorridoren oder durch Öffnungsklauseln. Ohnehin sind immer weniger Betriebe bzw. Beschäftigte Mitglieder in ihren jeweiligen Verbänden und die Tarifparteien folglich immer weniger repräsentativ.

5.3 Mehr Markt für die sozialen Sicherungssysteme

Die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland behindern durch ihre Struktur einerseits das Wirken des Marktes, andererseits herrscht innerhalb der Strukturen selbst zu wenig Wettbewerb, wie sich am Beispiel von Kranken- und Pflegeversicherung anschaulich zeigen lässt:

Während Rente und Arbeitslosenversicherung in einem logischen Zusammenhang mit der Erwerbstätigkeit stehen, ist nicht einzusehen, warum Kranken- und Pflegeversicherung an den Lohn gekoppelt sein sollten: Eine Lohnerhöhung macht nicht krank und auch nicht pflegebedürftig. Die Lohnkopplung ist aber nicht nur unlogisch, sondern auch volkswirtschaftlich schädlich: Bei steigenden Beiträgen steigen auch die Lohnnebenkosten, der Faktor Arbeit wird verteuert. Das führt einerseits dazu, dass noch mehr menschliche Arbeitskraft durch Maschinen ersetzt bzw. Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden. Andererseits verschlechtert sich im internationalen Vergleich die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands weiter.

Ein System mit risikoorientierten Prämien wäre nicht nur effizienter, sondern könnte sogar gerechter sein als das bisherige; wenn jeder Versicherungsnehmer auch als Kostenfaktor abgebildet würde. Eine Bürgerprämie in Verbindung mit einer Umverteilung über das Steuer-Transfersystem wäre damit erheblich zielgenauer: Neben effizienten, wettbewerbsorientierten Strukturen im Gesundheitssystem könnte eine in der Gesellschaft

gewünschte Umverteilung auf die progressive Einkommensteuer sowie die Transfersysteme begrenzt werden.

Weiterhin sollten in die Kranken- und Pflegeversicherung mehr marktwirtschaftliche Elemente eingebracht werden: Die Versicherten brauchen mehr Wahlfreiheit bei der Frage von Versicherungstarifen und Selbstbehalten, mehr Transparenz über Kosten und Nutzen von medizinischen Behandlungen und positive Anreize für gesundheitsbewusstes Verhalten. Vor allem sollte durch Übertragbarkeit der Altersrückstellungen, wie bereits im Koalitionsvertrag für die Privatversicherungen angedacht, der Wechsel zwischen den Krankenkassen einfacher möglich werden.

5.4 Die Potenziale des Wettbewerbsföderalismus nutzen

Auch für politische Entscheidungsprozesse gilt das Prinzip des „Wettbewerbs als Entdeckungsverfahren“ von Hayek. Deshalb sollte die Autonomie und Eigenverantwortung der unteren föderalen Ebenen gestärkt werden: Das dezentrale Wissen vor Ort ist oftmals besser in der Lage, Lösungen zu finden, als die übergeordnete Zentrale. Otto Graf Lambsdorff hat es so formuliert: „Was ist wahrscheinlicher: dass eine republikweit verfügte Einheitslösung die bestmögliche ist, oder dass sich unter den 16 konkurrierenden Ansätzen ein oder gar mehrere Treffer finden?“

Doch nicht nur in Bezug auf die Gesetzgebung wäre mehr föderaler Wettbewerb wünschenswert. Auch eine höhere finanzielle Autonomie von Kommunen und Ländern wäre sinnvoll. Die vielbeschworene „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ zwischen den Bundesländern wird oftmals als Ergebnisgleichheit verstanden. Doch der Länderfinanzausgleich erweist sich als Wettbewerbsschranke, der allen Ländern die Motivation für effizientes Handeln nimmt: Die erfolgreichen Länder werden bestraft, den weniger erfolgreichen fehlt der Druck, sich aus eigener Kraft zu verbessern.

Notwendig ist vor allem ein Paradigmenwechsel hin zu mehr Freiheit für die einzelnen Ebenen: Nicht identische Nettoeinkommen, sondern Entwicklungsperspektiven für alle sollten Ziel der Politik sein. Dies gilt auch für den gescheiterten „Aufbau Ost“: Die schnelle „Gleichschaltung“ der Ost-Wirtschaft an die westdeutschen Gegebenheiten hat eben nicht „blühende Landschaften“, sondern vielerorts eine bedrückende Massenarbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und Tristesse

produziert. Das rasche Überstülpen von westdeutschen Lohn- und Arbeitsbedingungen bei geringeren Produktivitätsvoraussetzungen erwies sich als fatal und konnte auch durch immense Transferzahlungen nicht kompensiert werden. Zwar liegt mittlerweile das durchschnittliche reale Nettoeinkommen eines ostdeutschen Haushalts nur noch 30 Euro unter dem eines westdeutschen. Doch bei fast allen Zufriedenheitsindikatoren zeigen sich die Ostdeutschen erkennbar kritischer. Nicht Ergebnisgleichheit macht also zufrieden, sondern Gestaltungsfreiheit.

5.5 Subventionen abbauen, Märkte arbeiten lassen

Subventionen wirken immer doppelt negativ: Einerseits verzerren sie eine Marktsituation und verursachen Fehlallokationen. Dies führt letztlich zu Wohlstandsverlusten (siehe Kapitel 1). Andererseits belasten Subventionen durch höhere Steuern alle Bürger, schränken diese in ihrer wirtschaftlichen Freiheit ein und verhindern so Wachstum. Dies gilt auf allen föderalen Ebenen, von der Kommune bis zur EU. Subventionen sind „Planwirtschaft light“, ihre Abschaffung ist in fast allen Fällen zu begrüßen.

Paradebeispiel für die negativen Folgen von Subventionen ist die verschwenderische EU-Agrarpolitik. Nettozahler ist letztlich nicht der deutsche Staat, sondern jeder EU-Bürger: Denn das Subventionssystem in Verbindung mit einer Abschottung der Märkte sorgt für überhöhte Preise, weniger Konsumentenfreiheit, schränkt die unternehmerischen Möglichkeiten der Landwirte ein und lässt ihre Innovationskraft verkümmern. Ein Großteil der EU-Ausgaben begünstigt die organisierten Interessengruppen. Roland Vaubel schreibt: „Der Gemeinschaftshaushalt ist im Kern ein Subventionshaushalt.“

6 Fazit

Die Marktwirtschaft ist keine Wirtschaftsordnung, die Menschen einschränkt, unterdrückt oder gar versklavt. Ganz im Gegenteil ist sie die Wirtschaftsordnung, die auf bestmögliche Weise den Menschen die Möglichkeit gibt, ihr Leben nach den eigenen Wünschen und Vorstellungen zu gestalten. Sie weckt das Beste in uns: Kreativität, Engagement und die Bereitschaft, sich zu entwickeln.

Der Wohlfahrtsstaat der 1960er und 1970er Jahre ist im 21. Jahrhundert nicht mehr finanzierbar – und das ist gut so. Soziale Marktwirtschaft bedeutet aber, dass Menschen nicht unnötig geschwächt und entmündigt, sondern ermutigt werden, ihre Stärken zu erkennen und Verantwortung zu übernehmen. Denn eine Rückkehr zu den Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft führt nicht zu Wohlstandsverlust, zur Entsolidarisierung und zu sozialer Kälte. Die Soziale Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards nimmt die Bürger ernst, lässt sie erwachsen werden und belässt ihnen ihre Freiheit.

Es ist nicht wahr, dass ein stark umverteilender Staat für mehr Gerechtigkeit sorgen kann, höchstens in dem Sinne, dass am Ende alle arm sind, weil die Märkte nicht mehr funktionieren und die Anreize zur Eigeninitiative erstickt werden. Heutzutage ist fast jeder Bürger Steuerzahler und Empfänger von Transferzahlungen zugleich. Was der Staat ihm aus der einen Hosentasche wegnimmt, steckt er ihm in die andere wieder hinein – allerdings abzüglich des Verwaltungsaufwandes. Dass jede soziale Wohltat durch Schulden oder Steuergelder finanziert werden muss, ist den Bürgern viel zu wenig bewusst.

Deshalb ist die Politik aufgerufen, „mehr Freiheit und mehr Wettbewerb zu wagen“ und vor allem auch zu vertreten. Reformen sollten nicht immer nur als notwendige, schmerzliche Einschnitte verstanden werden, sondern als Befreiung aus dem Korsett wohlmeinender, aber letztlich lähmender Regelungen. Nur durch beherzte wettbewerbsorientierte Reformen kann Deutschland die so dringend benötigte Dynamik zurückgewinnen. Und das gilt für alle Politikbereiche. Durch ihre breite Aufstellung hätte die Große Koalition die ganz große Chance, diesen Weg zu beschreiten.

Ziel dieser Publikation ist es, die Funktionsweise von Märkten in einer globalisierten und hochkomplexen Umgebung nachvollziehbar zu machen. Es sollte deutlich werden, dass Deutschland und alle anderen Länder von offenen Grenzen, von freien Dienstleistungsmärkten und von ungehinderten Finanz- und Investitionsströmen profitieren. Die Bundesrepublik kann in diesem Zusammenhang von Staaten lernen, die den Mut aufgebracht haben, auf die Überlegenheit der Märkte gegenüber staatlicher Einflussnahme zu vertrauen.

Vielerorts ist eine Renaissance des Wettbewerbsprinzips zu beobachten, die stets mit Aufschwung und Beschäftigungszunahme verbunden ist. Angesichts von Rekordschulden und Rekordarbeitslosigkeit ist es für Deutschland daher höchste Zeit, zu einer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zurückzukehren, die den Mensch unter Betonung seiner Eigenverantwortung wieder in den Mittelpunkt stellt. Seiner Selbstverwirklichung in Freiheit und Wettbewerb darf der Staat nicht im Wege stehen.

In diesem Restrukturierungsprozess müssen die Ängste der Bevölkerung ernst genommen werden. Sie dürfen jedoch nicht als Vorwand dienen, das Unbequeme, aber Richtige zu verschieben.